



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reform unsrer Kreditorganisation

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Kompensation für das Verlangen nach Aufhören aller europäischen Erwerbungen in Amerika: dafür greifen die Vereinigten Staaten auch niemals über ihren Weltteil hinaus. Das ist völlig hinfällig geworden, denn mit Hawaii haben die Amerikaner ein Stück Australiens, mit den Philippinen ein solches Asiens erobert. Das findet wohl seine scharfen Tadler, aber ernstlichen Einfluß auf die Politik haben diese nicht. Die jetzt in der Opposition stehende demokratische Partei wettert gegen Roosevelts Imperialismus, gegen die auf den Philippinen begangnen Grausamkeiten, gegen die Kosten, sie verlangt Verzicht oder Verkauf; wenn sie jedoch in den Besitz der Macht kommt, hütet sie sich, solches auszuführen.



Reform unsrer Kreditorganisation



ie ungewöhnliche Anspannung auf dem deutschen Geldmarkte ist die Veranlassung gewesen, daß im Dezember vorigen Jahres an verschiedenen ausländischen Börsenplätzen Gerüchte ausgestreut und von kleinen Hefblättern, aber auch von einem führenden englischen Fachblatte verbreitet wurden, die die Kreditwürdigkeit Deutschlands herabsetzen und die Grundlage unsers gesamten Wirtschaftslebens als ungesund darstellen sollten. Es genügt, diese Ausstreuungen niedriger zu hängen, zumal wenn wir darauf hinweisen, daß man in Börsenkreisen die Veranlassung zu diesen Machenschaften zum Teil unsern polnischen Mitbürgern zuschreibt. Die Anspannung auf den Geldmärkten ist eine internationale, und der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands hat in den letzten Jahren weiter unaufhaltsam Fortschritte gemacht, um die uns das Ausland beneidet.*) Es wäre aber falsch, die an Kriegsdiskont erinnernde Höhe des Reichsbankzinsfußes allein auf die Krisis in Amerika zurückzuführen. Daß die geradezu verbrecherischen Handlungen amerikanischer Trust- und Bankleiter nach dem Zusammenbruch des schwindelhaften Kreditgebäudes auf Europa zurückwirken mußten, ist von E. Fitzer im Heft 50 der Grenzboten anschaulich dargestellt worden. Aber auch ohne diese Krisis wäre der Zinsfuß der Reichsbank am Jahreseschluß kaum unter seiner jetzigen Höhe geblieben. Das beweist die auch nach der Erhöhung auf siebeneinhalb Prozent noch immer zunehmende Anspannung des Bankstatus, die hauptsächlich durch Kreditansprüche der heimischen Volkswirtschaft hervorgerufen ist. Alle bisher veröffentlichten Zahlen, die eine Beurteilung des Wirtschaftslebens gestatten, lassen ein ununterbrochenes Aufsteigen gegenüber dem Vorjahre bis zum Jahreseschluß erkennen. Die starke

*) Vgl. hierzu die gemeinverständlichen Kapitel über Kapital, Geld und Kredit, Handelsbilanz von Carl Fentisch in seinen Grundbegriffen und Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre. Leipzig, Fr. Wilh. Grunow, 1906.

Zunahme und Vergrößerung der industriellen Unternehmungen, die Ausdehnung des Handels neben immer wachsender Bevölkerungszunahme mußten den Bedarf einerseits an Betriebskapital, andererseits an Umlaufsmitteln ungewöhnlich steigern und so auf dem Geldmarkte Zustände hervorrufen, die über das normale Maß hinausgehn. Die gesunde Grundlage des Wirtschaftslebens bürgt dafür, daß die Anspannung des Geldmarktes allmählich überwunden werden wird auch unter Beibehaltung der gegenwärtigen Bank- und Kreditorganisation.

Dennoch ist es wünschenswert, daß wir nicht stehn bleiben, sondern weiter arbeiten an der Ausgestaltung dieser Organisation, damit sie möglichst große Vollkommenheit erlange. Deshalb sind die in den letzten Monaten in großer Zahl gemachten Reformvorschläge sehr willkommen. Sie sind jedoch von der Fachpresse zum Teil in einem Tone kritisiert worden, wie er glücklicherweise nur selten in den betreffenden Blättern zu hören ist. Am meisten, und zwar in persönlich gehässiger Form, sind die Vorschläge des Präsidenten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Dr. Heiligenstadt*) angefeindet worden. Dieser stellt die selbstverständliche Forderung auf, daß die Träger des deutschen Geldmarktes, die Banken, vor allem zur Besserung der gegenwärtigen Lage Opfer bringen sollen. Daß nun gerade von der Bankwelt so heftiger Widerspruch erfolgt, zeigt mit bedauerlicher Deutlichkeit, wie wenig die Banken gewillt sind, ihre rein privatwirtschaftlichen Interessen hinter den Interessen der Volkswirtschaft zurückzustellen. Heiligenstadt nimmt vor allen Dingen darauf Bedacht, die Stellung der Reichsbank zu stärken durch Erhöhung des Grundkapitals und der Mindestguthaben auf Girokonto sowie durch Abführung von ein bis zwei Prozent der fremden Gelder, das heißt der Spareinlagen und der Kontokorrentguthaben, aller Kreditinstitute an die Reichsbank. Hier geht eine Berliner Tageszeitung so weit, eine versteckte Drohung gegen die Reichsbank auszusprechen, indem sie darauf hinweist, daß aus der Verwirklichung der Heiligenstadtschen Vorschläge eine Verstimmung zwischen Reichsbank und Bankwelt hervorgehen könne, die zu einer Praxis (soll heißen: systematischem Bestreben) der Banken führen würde, die die Bemühungen der Reichsbank, höhere Giroguthaben zu erhalten, durchkreuzen könnte. Diese Erörterung zeigt ganz besonders, daß ein freiwilliges Zurückstecken der Privatinteressen von den Banken nicht zu erwarten ist, daß also auf dem Wege der Gesetzgebung den volkswirtschaftlichen Interessen Geltung verschafft werden muß, sie beweist aber auch, daß die Vorschläge Heiligenstadts im Prinzip das Richtige getroffen haben, denn nur weil die Überzeugungskraft seiner Darlegungen sehr groß ist, ist auch die Kritik überlaut.

Wir stimmen durchaus nicht allen Vorschlägen Heiligenstadts zu, denn er begeht selbst den Fehler, die Privatinteressen der Kreditgenossenschaften höher

*) „Der deutsche Geldmarkt“ in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich.

zu stellen als das Interesse der Gesamtheit, wenn er die Einführung des Postcheckverkehrs verwirft; ferner würden auch wir die Erhöhung des Grundkapitals der Reichsbank erst in letzter Reihe befürworten, und doch ist auch hierin Heiligenstadt insofern beizupflichten, als hundert Millionen Grundkapital der Reichsbank dem Geldmarkte zum großen Teil als flüssige Mittel durch Umwandlung in Wechselform wieder zur Verfügung gestellt werden, diese Summe also zweifellos besser angelegt ist, als wenn sich das deutsche Publikum zum Beispiel hundert Millionen südafrikanische Minenaktien aufbürden lassen muß. Gegen die Erhöhung des Grundkapitals wird häufig angeführt, daß in stillen Zeiten nicht genügend Verwendung für das Kapital gefunden werden könnte, daß sich infolgedessen übereifrige Reichsbankfilialleiter verleiten lassen würden, Wechsel anzukaufen, die als Notendeckung ungeeignet wären. Die Reichsbank hat es durchaus in ihrer Hand, diese Gefahr abzuwenden, wenn sie das Vorwärtstommen der Beamten nicht von den erlangten Gewinnen abhängig macht, wenn sie häufiger Revisionen vornimmt, die Vorsteher von Reichsbanknebenstellen besser besoldet, ihre Stellung hebt und immer größere Anforderungen an die Vorbildung der Beamten stellt. Dann wird der Reichsbank zu jeder Zeit nur das beste Wechselmaterial zufließen.

Auch unabhängige Finanzfachleute haben teils die Vorschläge Heiligenstadts als richtig unterstützt, teils ähnliche Vorschläge in der Presse gemacht, sind aber deshalb ebenfalls angegriffen worden.

In zwei Aufsätzen der Deutschen Wirtschaftszeitung tritt der Finanzschriftsteller Wendig entschieden dafür ein, daß Mittel und Wege geschaffen werden, um der Allgemeinheit schädliche Maßnahmen der Großbanken zu kontrollieren. Er empfiehlt die Gründung eines Diskont- und Emissionsvereins der Banken, in dem der Reichsbank eine beratende Stelle eingeräumt werden müsse. Aufgabe des Vereins soll sein

1. die regelmäßige Festsetzung eines Minimaldiskontsatzes,
2. gemeinsame Übernahme von Emissionen fremder Wertpapiere,
3. Festsetzung von beschränkenden Bestimmungen für die gesamte Emissionstätigkeit bei einer gewissen Höhe des offiziellen Bankdiskonts.

Wie gerechtfertigt der Vorschlag unter Nummer 1 ist, haben die im Dezember an der Berliner Börse zutage getretenen Verhältnisse wiederum deutlich gezeigt. Der Privatdiskont, dessen Höhe von der größten Bedeutung für die Wechselkurse, die Goldbewegungen und den offiziellen Reichsbankzinsfuß und dadurch wieder für die Effekten- und Warenpreise, somit also für das gesamte Wirtschaftsleben ist, wurde zeitweise von den Vertretern zweier Bankfirmen hauptsächlich mit Rücksicht auf privatwirtschaftliche Interessen festgesetzt, ein Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf. Der Reichsbank oder irgend einer andern staatlichen Instanz muß bei der Festsetzung des Privatsatzes ein gewisser Einfluß eingeräumt werden, damit das Zentralnoteninstitut die Goldbewegungen unter wirksame Kontrolle bekommt.

Die Reichsbank ist gezwungen, auf einen möglichst hohen Goldvorrat zu halten, nicht nur, weil das Bankgesetz fordert, daß ein Drittel der umlaufenden Noten bar gedeckt sind, sondern weil sich das Ausland nun einmal daran gewöhnt hat, den Stand des Goldvorrats in der Zentralnotenbank als Gradmesser für die Qualität der Landeswährung zu betrachten. Ob diese Messung mit oder ohne Überzeugung von ihrem Werte geschieht, bleibe dahingestellt, jedenfalls kommt in der ausländischen Finanzpresse zum Ausdruck, daß sich das Ausland durch die zum Beispiel in der Österreichisch-Ungarischen Bank, in der russischen Staatsbank und der Bank von Frankreich aufgestapelten Goldvorräte blenden läßt, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß in Deutschland der Verkehr mit Gold durchsetzt ist. Dafür diene zum Beweise, daß an starken Wechseleinzugsterminen der Prozentsatz des Goldes von den Gesamtbareingängen in Deutschland mehrere Prozent beträgt, während sich in Österreich dieser Prozentsatz auf 0,4 stellt.

Seit Jahren sucht nun die deutsche Fachpresse immer wieder hervorzuheben, daß die Banken die Reichsbank in ihrem Bestreben, den Goldvorrat zu stärken, unterstützen, indem sie aus „nationalen“ Rücksichten kein Gold des Gewinnes wegen exportieren. Wir wollen wohl glauben, daß die Großbanken keine Goldarbitrage treiben, das heißt, daß sie nicht danach suchen, nach welchem Lande mit Gewinn exportiert werden kann (mittlere und auch große Privatbankfirmen pflegen die Arbitrage sehr), denn dadurch würde zu große Unruhe in die Goldbewegung kommen, sodaß der Schaden auch für die Banken selbst größer sein würde als der Vorteil. Aber auch ohne Arbitrage führen die Banken im Gegensatz zu den Interessen der Reichsbank Gold in großen Summen aus. Es gibt in Deutschland natürliche Sammelstellen für Gold, dessen der Verkehr vorübergehend nicht bedarf. Diese Stellen geben im Laufe des Jahres an die exportierenden Firmen mehr Gold ab, als der Reichsbank zum Export entnommen wird. Die Freizügigkeit des Goldes soll zwar nicht unterbunden werden, aber es wäre doch wünschenswert, daß diese Sammelstellen auf irgendeine Weise veranlaßt würden, alles überschüssige Gold an die Reichsbank abzuführen, damit das Zentralnoteninstitut in die Lage versetzt würde, eine wirksame Kontrolle über die Goldbewegungen auszuüben. Die Unvollkommenheit der Kontrolle und der geringe Einfluß, den die Reichsbank auf den Privatsatz auszuüben vermag — nur durch Verkauf von Reichsschatzanweisungen am offenen Markt kann sie in geringem Umfange auf eine Erhöhung hinwirken —, erschweren die Durchführung einer Diskontopolitik, die nur auf das Allgemeinwohl Rücksicht nimmt.

Die Theorie der Wechselkurse lehrt, daß Gold ausgeführt werden muß, wenn die Devisenkurse, das heißt der Preis für Wechsel auf das Ausland, eine gewisse Höhe überschritten haben, nämlich wenn es billiger ist, Gold anstatt Wechsel nach dem Auslande zu schicken, um eine Schuld zu bezahlen. Aber die Bankwelt hat auch eine Entschuldigung zur Hand, wenn sie bei

niedrigen Wechselkursen Gold ausführt; sie sagt nämlich, sie könne, sobald die ausländischen Geschäftsverbindungen Gold bestellen, den Export nicht ablehnen, aus Furcht, die mühsam erworbenen Verbindungen zu verlieren. Außerdem sagt jede Bank für sich: lehnen wir die Goldbestellung ab, so nimmt sie eine Konkurrentin an. Und so exportieren die Banken auf Wunsch des Auslands für die niedrige Provision von einhalb fürs Tausend unser Gold nach dem Auslande. Doch auch der hohe Stand des Wechselkurses scheint uns nicht immer ein zuverlässiger Zeitmesser zu sein für den Augenblick, wo die Ausfuhr von Gold zur Bezahlung von Verpflichtungen an das Ausland unvermeidlich wird.

Die Frage der Wechselkurse bedarf unsers Erachtens eingehender Berücksichtigung bei der von der Regierung beschlossenen Enquete über das Kredit- und Bankwesen im Deutschen Reiche. Denn die Diskontpolitik richtet sich in hohem Maße nach dem Stande der Wechselkurse. Bei hohen Kursen wird der Bankdiskont erhöht. Infolgedessen strömt das Kapital aus Ländern mit viel niedrigerem Zinssatz nach Deutschland, um die hohen Zinsen zu genießen. Dadurch wird die Verschuldung Deutschlands an das Ausland, die das Steigen der Wechselkurse veranlaßt hatte, verringert oder ganz aufgehoben, die Kurse sinken, und es strömt Geld ins Land.

Steigt also der Kurs, ohne daß dieses durch den Stand der Zahlungsbilanz gerechtfertigt ist, so besteht die Gefahr, daß allen Erwerbskreisen Deutschlands der Kredit durch hohen Diskont zu Unrecht verteuert wird, falls in der Bankpraxis Einflüsse existieren, die imstande sind, die Wirksamkeit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage auf dem Fremdwchselmarkte aufzuschieben. Das Gesetz aufzuheben, ist selbstverständlich unmöglich. Wenn aber durch irgendwelche Einflüsse der offizielle Bankdiskont mit Rücksicht auf die Wechselkurse auch nur wenig früher oder später, als unbedingt notwendig ist, erhöht wird, so können daraus für die gesamte Volkswirtschaft unnötige Schädigungen erwachsen. Solcher Einflüsse gibt es aber eine große Zahl.

Schon Götschen hat in seinem grundlegenden Werke „Theorie der ausländischen Wechselkurse“ auf derartige Einflüsse hingewiesen: „Es ist nicht notwendig, sich in andre Details über die verschiedenen Kunstgriffe und Bankmanöver einzulassen, deren sich diejenigen bedienen, welche auf die Wechselkurse, d. h. auf das Steigen und Fallen der Wechsel spekulieren, um die natürlichen Schwankungen derselben zu beeinflussen oder ihnen entgegenzuwirken.“ Das wirksamste Mittel zur Beeinflussung des Wechselkurses ist die Einwirkung auf den Privatdiskont, da Wechselkurs und Privatsatz während des ganzen Jahres fast genau dieselbe Kurve beschreiben. Prion weist in einem soeben erschienenen Werke „Das deutsche Wechseldiskontgeschäft“*) auf

*) Leipzig, Dunder und Humblot, 1907. Der Verfasser stellt verschiedene schon bekannte Mängel in der Organisation des deutschen Geldmarktes und im Bankwesen zusammen, weshalb

einen bekannten Fall solcher Beeinflussung hin; als im Jahre 1905 die japanische Anleihe durch die Deutsche Bank eingeführt wurde, suchten Mendelssohn und Co., die Vertreter der russischen Regierung, den Privatsatz in die Höhe zu treiben, um womöglich die Emission der japanischen Anleihe zu vereiteln.

Ferner werden die Wechselkurse zeitweilig dadurch beeinflusst, daß von deutschen Firmen Wechsel auf das Ausland ausgeschrieben und am offenen Markte zum Verkauf gebracht werden. Diese Wechsel präsentiert aber der Käufer im Einverständnis mit dem Verkäufer bei Verfall diesem selbst und nicht dem Auslande zur Zahlung. Dadurch wird ein künstliches Angebot hervorgerufen, und die Kurse werden herabgedrückt. Sehr oft kann man an der Berliner Börse die Worte hören: heute macht der Vertreter der X-Bank die Wechselkurse! Und das Gewinninteresse macht es auch oft verständlich, daß die Banken den Kurs zu beeinflussen suchen. Besitzt zum Beispiel eine Bank einen großen Vorrat von Wechseln auf das Ausland, den sie zu hohen Kursen gekauft hat, und ihre Kunden wollen ihr diese Wechsel abkaufen, so wird sie mit allen Mitteln versuchen, an der Börse den Kurs so hoch zu treiben, daß sie ihre Bestände ohne Verlust verkaufen kann; umgekehrt wird die Bank ein Interesse an einem möglichst niedrigen Kurse haben, wenn ihr Wechsel zur Gutschrift zugeschickt werden, und zwar in beiden Fällen ohne Rücksicht auf die in ihrem Portefeuille und am Markte vorhandenen Bestände. Eine Beeinflussung der Kurse wird auch erleichtert durch das Fehlen eines Scheckgesetzes, denn solange der Scheckregreß nicht gesetzlich festgelegt ist, ist eine amtliche Notierung der Scheckkurse ausgeschlossen.

Schließlich ist noch, ohne daß wir die Reihe der möglichen Einwirkungen erschöpft haben wollen, der Einfluß der sogenannten Finanztratten zu erwähnen. Ebenso wie die Banken der deutschen Kundschaft Kredit gewähren, indem sie Wechsel auf sich ziehen lassen, die die Kunden bei andern Banken verkaufen — sogenannter Akzeptkredit —, so gewähren sie auch ihrer ausländischen Kundschaft, meist Banken oder Privatbankfirmen, in derselben Weise Wechselakzeptkredit. Diese Wechsel (es kommen hauptsächlich amerikanische Ziehungen in Betracht) werden Finanztratten genannt im Gegensatz zu solchen überseeischen Bankakzepten, die auf Grund eines Warenankaufs ausgestellt sind. Soweit nun die Finanztratten den Zweck haben, für später fällige Forderungen schon zwei bis drei Monate vor Fälligkeit das Geld zu beschaffen, ist gegen ihre Berechtigung nichts einzuwenden; denn sie erfüllen dann nur die eigentliche Aufgabe des Wechsels. Überschreiten sie aber das berechtigte

das Buch in Fachkreisen voraussichtlich lebhaftem Widerspruch begegnen wird. Wir werden uns mit dieser Neuerscheinung noch näher beschäftigen; der Verfasser hat reichhaltiges — wenn auch meist bekanntes — Material zur Reform des Geldmarkts fleißig zusammengetragen, ohne jedoch sein Thema zu erschöpfen.

Maß, so vermögen sie den Ausgleich der Zahlungsbilanz zu verzögern und beeinflussen die Wechselkurse in einer Weise, die der tatsächlichen Marktlage nicht entspricht.

Nun wird behauptet, daß Klagen über Goldausfuhr deshalb unangebracht seien, weil Deutschland nach der amtlichen Statistik bis 1906 jährlich mehr Gold ein- als ausgeführt habe. Es ist aber bekannt, daß die Statistik des Außenhandels nicht zuverlässig ist und auch nicht sein kann; das trifft in verstärktem Maße für die Statistik der Goldbewegung zu. Daß überhaupt eine starke Einfuhr stattfindet, ist vor allem auf die energischen Bemühungen der Reichsbank zurückzuführen.

Weiter wird behauptet, daß die Banken deshalb Gold nicht exportieren können, weil sie sich dadurch selbst schädigen würden. Sie seien so eng mit der Volkswirtschaft verwachsen, daß eine Schädigung dieser sie gleichmäßig mittreffe. Das ist unbestreitbar richtig, doch hält jeder einzelne Exporteur die verhältnismäßig geringen Beträge, die er ausführt, nicht für ausreichend, daß sie die Volkswirtschaft schädigen könnten. Die Summe der von allen in Betracht kommenden Firmen exportierten Beträge kann aber sehr wohl die erwähnten Nachteile für das ganze Land zur Folge haben. Deshalb ist der Vorschlag von Bendix, einen Diskontverein unter Mitwirkung der Reichsbank zu gründen, dringend zu befürworten. Dieser Verein könnte auch auf die Goldbewegungen entscheidenden Einfluß ausüben.

Über die Bendixschen Anregungen hinausgehend verdienen die mutigen Vorschläge des frühern italienischen Schatzministers Luzzatti zur Regelung der internationalen Goldströmungen die größte Beachtung. Luzzatti fordert zur Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz gegen den Kampf um das Gold auf. Das Ergebnis soll die Einsetzung einer ständigen Kommission sein mit der Aufgabe, durch Regulierung der Goldbewegungen dem internationalen Geldmarkt und den einzelnen nationalen Märkten größere Ruhe zu verschaffen, Geld- und Kreditkrisen nach Möglichkeit abzuschwächen. Wir nannten den Vorschlag mutig, denn Luzzatti weiß, daß heute an den maßgebenden Stellen noch dieselben Anschauungen vorherrschen wie vor vier Jahren, wo von Amerika aus der Vorschlag gemacht wurde, eine internationale Abrechnungsstelle zu schaffen.

Heute wie damals stehn die maßgebenden Autoritäten dem Vorschlag zwar sympathisch aber ablehnend gegenüber, weil man noch vor dem Versuch daran zweifelt, eine Übereinstimmung unter allen Staaten zu erreichen. Auch ist die Geldmarktlage für seinen Vorschlag die denkbar ungünstigste, denn Amerika, England und Deutschland werden dadurch, daß sie den Vorschlag ablehnen, den Anschein vermeiden wollen, als bedürften sie in der augenblicklichen bedrängten Lage fremder Hilfe. England und Deutschland haben natürlich fremde Hilfe nicht nötig, und auch Amerika wird bei seiner enormen Kapitalkraft die Krisis bald überwinden.

Wir sind der Überzeugung, daß beide Vorschläge nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden und schließlich auch zur Ausführung gelangen werden. Verschafft sich doch schon jetzt der Gedanke eines internationalen Giroverkehrs immer mehr Geltung durch das rühmenswerte Vorgehen der österreichischen Postsparkasse, die einen solchen Verkehr schon mit Deutschland, England, Italien und der Schweiz durchgeführt hat. Die Postscheckämter der europäischen Staaten könnten unsers Erachtens später die Träger des internationalen Giroverkehrs sein und würden so die Möglichkeit eines internationalen Clearinghouses (Abrechnungsstelle) dartun. Deshalb ist es sehr zu bedauern, daß immer noch Stimmen gegen die Einführung des Postscheckverkehrs in Deutschland laut werden. Wir haben schon früher auf die Vorteile des Postscheckverkehrs für den heimischen Geldmarkt hingewiesen. Dasselbe Thema behandelt soeben der hervorragende Bankpraktiker und Gelehrte Professor Dr. Rießer in der Deutschen Revue*) und richtet hierbei eine beachtenswerte Mahnung an die Bankwelt. Selbst wenn der Postscheckverkehr das Depositengeschäft der Banken und Bankiers beeinträchtigen würde (was jedoch nicht zu befürchten ist), „so müßten — ebenso wie die Sparkassen und Genossenschaften — auch die Banken, die zudem an einer Verminderung des Bargeldumlaufs aufs lebhafteste interessiert sind, die Förderung des Gemeinwohls höher stellen als die eignen Interessen. Das Gemeinwohl aber wird hier dadurch gefördert, daß der gesamte Zahlungsverkehr durch möglichst starken Ausschluß von Barzahlungen auf gesündere Grundlagen gestellt wird, während andererseits, da die Post selbst die eingehenden Gelder zinsbar anlegt, ungeheure Beträge, die sonst brach liegen würden, produktiver Verwendung zugeführt werden.“

Die Mahnung ist wohl angebracht, denn in der letzten Zeit scheint man — aus guten Gründen — in Bankkreisen dem Scheckverkehr nicht mehr eine allzugroße Bedeutung für den Geldmarkt beimessen zu wollen, sogar unter Hinweis auf die amerikanische Krisis, die durch den ausgebreiteten Scheckverkehr nicht aufgehalten worden sei. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß sich Krisen überhaupt nicht aufhalten, vielmehr nur durch geeignete Einrichtungen abschwächen lassen, und so geht auch aus den aus Amerika vorliegenden Berichten schon jetzt hervor, daß die Krisis viel weitere Kreise gezogen und ungleich größere Verheerungen angerichtet hätte, wenn nicht der Scheckverkehr in allen Bevölkerungskreisen fest eingewurzelt wäre. Wie würde sich wohl das deutsche Publikum, besonders der Kleinverkehr verhalten, wenn sich infolge Mangels an Varmitteln in allen Städten Abrechnungsstellen bilden, und wenn diese statt Bargeld ein privates Notstandsgeld in Form von Bankanweisungen ausgeben würden? Wir glauben, eine furchtbare Panik

*) „Die wirtschaftlichen Ziele und Vorteile des Scheck- und Postscheckverkehrs“, Deutsche Revue (Januar 1908).

wäre unvermeidlich, während sich das amerikanische Publikum bald an dieses Geld gewöhnt hat, da ihm seit vielen Jahren die Scheckzahlung durchaus vertraut ist.

Da die Reichs- und Staatsbehörden in der letzten Zeit die Beamten durch Zirkulare immer wieder auffordern, sich ein Depositenkonto errichten zu lassen, mögen die Banken wohl voraussehen, daß sich der Staat für verpflichtet halten wird, diesen Depositengeldern möglichst große Sicherheit zu verschaffen. Hierzu wird ein Depositengesetz unvermeidlich sein, durch das entweder die Vorschläge Heiligenstadts verwirklicht (die Kreditinstitute führen 1 bis 2 Prozent der fremden Gelder als Reserve an die Reichsbank ab) oder besondere Vorschriften für die Verwendung der Depositen erlassen werden. Daneben wird zu berücksichtigen sein, daß die Lage der Banken nur dann als flüssig zu betrachten ist, wenn die Reichsbank stark genug ist, die Wechselbestände der Banken in kritischen Zeiten zu übernehmen. Demnach haben die Banken das größte Interesse daran, die Stellung der Reichsbank zu kräftigen und zu diesem Zweck Opfer zu bringen.

Reformbedürftig ist auch das Acceptkreditgeschäft der Banken. Es fehlt vor allem die Möglichkeit, den Acceptumlauf zuverlässig zu beurteilen. Die Banken haben ein Interesse daran, diesen Umlauf so klein wie möglich darzustellen, da man ihnen bei zu großem Umlauf ebenso Mißtrauen entgegenbringt wie jedem Kaufmann oder Privatmann, der über seine Kräfte Wechsel acceptiert. Deshalb benützen die Banken verschiedene Mittel, die wahre Sachlage zu verschleiern. Einen Teil der Accepte machen sie im Auslande zahlbar, einen andern Teil geben sie nicht den Kunden zurück, damit diese ihn bei andern Banken verkaufen, sondern sie kaufen diesen Teil der Accepte den Kunden selbst ab und behalten ihn im eignen Wechselportefeuille. Der Anteil dieser eignen Accepte am Portefeuille beträgt, wie Prion mitteilt, etwa 3 bis 5 Prozent. Es befinden sich also unter den Wechselbeständen der Banken, die als leicht greifbare Forderungen gegen Dritte gelten, bedeutende Beträge eigener Verpflichtungen. Diese künstlich zurückgehaltenen Accepte werden in Zeiten großen Geldbedarfs „in aller Stille“ (Prion, S. 91) durch eine Maklerfirma verkauft, nachdem alle etwaigen Spuren ihrer Herkunft sorgfältig verwischt sind, ein dringend weiterer Aufklärung und der Reform bedürftiges Verfahren! Ganz besonderes Interesse haben die Banken daran, daß in der Bilanz am Jahreschluß der Acceptumlauf möglichst gering erscheint. Das wird dadurch erreicht, daß ein Teil des Acceptkredits über den Jahreschluß hinaus als Buchkredit geführt und erst später in Acceptkredit verwandelt wird. Prion führt (auf S. 232) noch weitere Arten der Bilanzverschleierung an. Die Art der Aufstellung von Bankbilanzen überhaupt ist sehr reformbedürftig. Undurchsichtig und ganz ungleichmäßig aufgestellt erschweren sie eine Beurteilung der wahren Vermögenslage außerordentlich.

Im vorstehenden sind nur einige Mängel des Geldmarktes und der

Bank- und Kreditorganisation kurz erwähnt worden. Das Arbeitsfeld der von der Regierung zu berufenden Enquetekommission ist viel ausgedehnter. Wir wünschen, daß die Zusammensetzung der Kommission eine recht glückliche sein möge, damit die schwierigen Aufgaben der Enquete restlos gelöst werden können.



Der Baubureaukratismus und seine kunstfeindliche Tendenz



Die staatlichen und kommunalen Baubureauaux verdanken ihren Bestand vornehmlich einem ökonomischen Grundsatz der Staatsverwaltung. Die Bureaukratisierung des öffentlichen Bauwesens ergab sich aus dem rechnerischen Denken der unpersönlichen Verwaltung, die sich als Bauherr vor allem mit der Frage beschäftigt: Wie mache ich es am billigsten?

Mit persönlicher Initiative beriefen einst die Fürsten aus künstlerischen Gründen jene Architekten, die als Baukünstler im höchsten Ansehn standen. Noch im achtzehnten Jahrhundert umfaßte die Akademie als Pflegestätte das ganze Kunst- und Kunstgewerbeleben; sie war Bauakademie, und alle hohen und niederen Künste, also auch das Handwerk waren ihr angegliedert. Die Staatsbauten wurden von der Akademie ausgeführt, die Schüler und Handwerker, die bei entsprechender Befähigung akademische Künstler werden konnten, hatten Gelegenheit, sich an praktischen Arbeiten zu bilden. Der Staat beschäftigte seine Künstler. Sie waren freie Künstler, auch wenn sie den Titel Hofarchitekt führten. Die Baubehörde war bloße Rechnungsbehörde.

Als der unpersönlich gewordene moderne Verwaltungsstaat das Erbe der Fürsten angetreten hatte, übernahm der Bureaukratismus die Funktion des Architekten und schaltete die Bauakademie aus dem Zusammenhang mit den Staatsbedürfnissen aus. Die Akademie wurde ein Schattenbild; sie erzog freie Künstler, die vom Staat nichts zu hoffen hatten. Der Staat erzieht jetzt zwar Künstler, aber er verwendet nur Beamte.

Die Baukunst im Staatswesen stieg mit dem Ruhmessinn des persönlichen Bauherrn, aber sie verfiel durch den Sparsinn des unpersönlichen Bureaukratismus. Wir können die Konsequenzen aus der veränderten Lage ziehen. Es bieten sich Vergleichspunkte genug, zu bemessen, ob der Sparsinn des Bureaukratismus durch Umgehung der freien Künstlerschaft Gewinne oder Verluste gehabt hat; ferner, ob diese Gewinne oder Verluste künstlerischer oder finanzieller Natur oder beides zusammen sind. Um der vorherrschenden Betonung der Nützlichkeit zu genügen, mögen die finanziellen Ergebnisse des bureaukratischen Sparsinnes in der Staatsbauweise zuerst untersucht werden.